

Rahmenvertragsbedingungen Sanierung im nicht begehbaren Kanalnetz

Vergabenummer 24-016-003

1. Vertragsgegenstand

Die Kommunale Wasserwerke Leipzig GmbH (nachfolgend LWW genannt) ist als Ver- und Entsorgungsunternehmen tätig. Sie erfüllt im Auftrag der Stadt Leipzig und des Zweckverbandes für Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung Leipzig-Land die öffentlichen Aufgaben Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung. Zu diesem Zweck ist sie Eigentümerin eines entsprechenden Netzes an Ver- und Entsorgungsleitungen.

Die Erfüllung der der LWW obliegenden Aufgaben umfasst u. a. die Durchführung von notwendigen Bauleistungen zur Instandhaltung an vorhandenen Anlagen.

Diese Leistungen sollen durch Dritte erbracht werden.

Der Auftragnehmer (nachfolgend AN genannt) hat im Vergabeverfahren ein Angebot abgegeben und damit sein Interesse am Abschluss eines Rahmenvertrages zur Erbringung der ausgeschriebenen Bauleistungen bekundet.

Vertragsgegenstand ist die rahmengebende und inhaltlich umfassende Vereinbarung über die Erbringung von Bauleistungen gemäß zu erteilender Einzelaufträge.

Der AN verpflichtet sich, für die LWW die vorstehend benannten Bauleistungen auf der Basis der Rahmenvereinbarung, im Ergebnis des durchgeführten Vergabeverfahrens sowie nach entsprechender Einzelbeauftragung zu erbringen.

Der AN hat keinen Anspruch auf Erteilung einer bestimmten Mindestanzahl von Einzelaufträgen oder eines bestimmten einzelnen oder gesamten Mindestauftragswertes.
Vielmehr ergibt sich aus den jeweiligen Einzelaufträgen der genaue Umfang (Anzahl und Einzel-/Gesamtauftragswert) der zu erbringenden Leistungen.

Die LWW behält sich vor, die Auftragsvolumina über die Vertragslaufzeit nach eigenem Ermessen auf verschiedene Vertragspartner zu verteilen.

Die technischen Rahmenbedingungen der Leistungserbringung durch den AN ergeben sich aus den Vergabeunterlagen zur Vergabe Nr. 24-016-003, insbesondere dem Leistungsverzeichnis sowie den sonstigen techn. Regelwerken und Richtlinien der LWW.

2. Vertragsgrundlagen

Vertragsgrundlagen sind der Rangfolge nach (von vorrangig zu nachrangig):

- diese Rahmenvertragsbedingungen, die besonderen Vertragsbedingungen (BVB) und zusätzlichen Vertragsbedingungen (ZVB) der LWW

- sämtliche im Vergabeverfahren erzielten Verhandlungsergebnisse (dokumentiert in den zugehörigen Verhandlungsprotokollen)
- das Angebot vom AN einschließlich aller Anlagen
- die übrigen Vergabeunterlagen
- die VOB (Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen, Teile B und C, in der jeweils geltenden Fassung)
- sonstige einschlägige gesetzliche Bestimmungen

Geschäftsbedingungen des AN, insbesondere seine Leistungs- und Zahlungsbedingungen, gelten nicht. Es wird ihnen hiermit ausdrücklich widersprochen.

3. Vertragslaufzeit

Für die Rahmenvereinbarung ist eine Vertragslaufzeit vom 01.04.2025 bis zum 31.03.2029 vereinbart.

Die **LWW** ist berechtigt, den Rahmenvertrag zweimalig um je 2 Jahre unter Einhaltung der bestehenden Vertragsbedingungen durch schriftliche Erklärung gegenüber dem **AN** mit einer Frist von 3 Monaten zum jeweils vorgesehenen Ende des Vertrages, zu verlängern. Einer Annahme dieser Vertragsverlängerungserklärung der LWW durch den **AN** bedarf es für die Wirksamkeit der Vertragsverlängerung nicht.

Die Vertragslaufzeit jedes erteilten Einzelauftrags beginnt mit Zugang des Einzelauftrages bei dem AN und endet entweder mit vollständiger und vertragsgerechter Erfüllung der vertraglichen Pflichten des Einzelauftrages oder mit dessen wirksamer Kündigung.

4. Erteilung der Einzelaufträge

Auf der Basis der Rahmenvereinbarung erhält der AN für jede von ihm zu erbringende Bauleistung einen in Textform oder elektronisch erstellten Einzelauftrag (s.g. Abruf zur Rahmenvereinbarung) von LWW. Im Einzelauftrag werden die Lage der Baustelle, die vorgegebene Bauzeit sowie alle weiteren für die Erbringung der konkreten Bauleistung benötigten Sachverhalte benannt.

Die Frist für die Erbringung der konkreten Bauleistung wird durch den im Einzelauftrag benannten und durch LWW nach billigem Ermessen einseitig festgelegten Fertigstellungstermin bestimmt. Die LWW ist nach billigem Ermessen ebenso berechtigt, angemessene Beginn- oder Zwischentermine zu setzen. Diese Termine (Beginn-, Zwischen- und Fertigstellungstermine) sind pönalisiert.

Beschreibung der Prozessabläufe zur Beauftragung

Konkret erfolgt die Erteilung der Einzelaufträge wie folgt:

Die Einzelaufträge werden durch die LWW erteilt und mit einer Projektakte, die im Weiteren durch den AN als Bauakte fortgeschrieben wird, ausgehändigt.

Der Dokumentenaustausch zwischen LWW und AN (von z.B. Plänen, Abruf, Haltungsgrafiken etc.) soll digital erfolgen.

Gleichzeitig erhält der AN per E-Mail eine elektronische Leistungsdatei, in welche die zur Abrechnung der erbrachten Leistungen erforderlichen Daten vom AN eingepflegt werden.

Im Einzelauftrag ist ein vorläufig geschätzter Auftragswert enthalten. Der AN hat keinen Anspruch auf Vergütung in Höhe des vorläufigen Auftragswertes. Maßgeblich ist die leistungsbezogene Abrechnung gemäß der Einheitspreise des Leistungsverzeichnisses unter Berücksichtigung sonstiger vertraglicher Regelungen.

5. Ausführung der Einzelaufträge

Mit Erteilung eines Einzelauftrages hat der AN den darin beschriebenen Leistungsumfang hinsichtlich Ausführungsart und Umfang zu prüfen. Überschreiten nach Einschätzung des AN die Aufwendungen für den Einzelauftrag den mitgeteilten Auftragswert um mehr als 10 %, hat der AN die LWW entsprechend zu informieren.

Das Anordnungsrecht der LWW auf der Baustelle und während der Bauausführung wird ausschließlich durch die in der Einzelbeauftragung genannte Bauleitung ausgeübt.

Über die Bestimmungen des § 4 Ziff. 6 VOB/B hinaus sind Arbeits- und Bauausführungskräfte des AN, die den an sie zu stellenden Anforderungen nicht entsprechen, auf Anordnung der Bauleitung unverzüglich von der Baustelle zu entfernen. Die Verpflichtung des AN zur Vertragserfüllung bleibt dadurch unberührt.

Bauschilder dürfen nur mit Genehmigung der Bauleitung aufgestellt werden. Die Genehmigung wird nicht erteilt, wenn für die Baustelle ein gemeinsames Bauschild mit Kostenbeteiligung vorgesehen ist. Der AN ist verpflichtet täglich Bautagesberichte zu führen und der LWW nach Aufforderung, jedoch spätestens mit Schlussrechnungslegung zu übergeben. Die Bautagesberichte müssen alle Angaben enthalten, die für die Ausführungsabrechnung des Auftrages von Bedeutung sein können.

Von der LWW zur Verfügung gestellte Lagerplätze, Arbeitsplätze und Zufahrtswege sind mit Abschluss der Bauausführung durch den AN dem früheren Zustand entsprechend wiederherzustellen. Zum Schutz der Umwelt, der Landschaft und der Gewässer hat der AN die durch die Arbeiten hervorgerufenen Beeinträchtigungen auf das unvermeidbare Maß einzuschränken. Behördliche Anordnungen oder Ansprüche Dritter in Bezug auf die Auswirkung der Bauausführung hat der AN der LWW unverzüglich schriftlich mitzuteilen.

6. Abnahme

Als Grundlage für die Abnahme hat der AN eine Inspektion / Dokumentation gemäß Technischer Richtlinie "Optische Inspektion Kanalisation" an die LWW in digitaler Form zu übergeben.

7. Vergütung / Preisbindung und -anpassung

Der AN erhält für die von ihm gemäß dem jeweiligen Einzelauftrag erbrachte Leistung eine Vergütung in Anwendung der beauftragten Einheitspreise des Leistungsverzeichnisses abzüglich der angebotenen/verhandelten Nachlässe (Grundnachlass und Wertstaffelrabatt)

Der jeweilige Wertstaffelrabatt wird bei Erreichen des jeweiligen Gesamtwertes des Einzelauftrages zusätzlich zu dem Nachlass ohne Bedingungen (Grundnachlass) gewährt. Für die Ermittlung des Gesamtwertes des Einzelauftrages ist die Nettoabrechnungssumme exklusive Skonto ausschlaggebend.

Die Anwendung der gewährten Nachlässe erfolgt stufenweise nacheinander in folgender Reihenfolge.

1. Nachlass ohne Bedingungen (Grundnachlass)
2. Nachlass ohne Bedingungen gestaffelt nach dem Gesamtwert des Einzelauftrages (Wertstaffelrabbatt).

Der im Rahmenleistungsverzeichnis eingetragene Einheitspreis ist auch dann maßgeblich für die Berechnung der Vergütung, wenn im Angebot des AN der Gesamtbetrag einer Ordnungszahl (Position) nicht dem Ergebnis der Multiplikation von Mengenansatz und Einheitspreis entspricht.

Mit den vereinbarten Einheitspreisen sind sämtliche vertraglich geschuldeten Leistungen einschließlich der Nebenleistungen abgegolten.

Preisbindung und -anpassung:

Die mit Abschluss des Rahmenvertrages vereinbarten Einheitspreise sind Festpreise für Einzelaufträge, welche bis zum 31.03.2029 ausgelöst werden, auch wenn sie erst später zur Ausführung gelangen.

Spätestens 12 Monate vor Ablauf der jeweils aktuellen Rahmenvertragslaufzeit beginnen die Vertragspartner Verhandlungen zur Preisanpassung für eine etwaige Vertragsverlängerung gemäß den vereinbarten Verlängerungsoptionen. Der AN wird hierzu rechtzeitig neue Preise vorschlagen. Sind nicht bis spätestens 9 Monate vor Beginn einer optional verlängerten Vertragslaufzeit neue einvernehmliche Preise vereinbart, fallen die noch jeweils offenen bestehenden Optionen zur Vertragsverlängerung weg.

8. Abrechnung

Die Abrechnung erfolgt grundsätzlich nach Einzelpositionen.

Rechnungen sind ihrem Zweck nach als Abschlags- oder Schlussrechnung zu bezeichnen und müssen die Auftrags- bzw. Vertragsnummer ausweisen.

Die Abschlagsrechnungen sind – ungeachtet der parallelen steuerrechtlichen Verpflichtung zur Nummerierung von Rechnungen - durchnummerieren. Soweit die Leistungen bei Einzelaufträgen einen Wert von 20.000,- € unterschreiten, erfolgen keine Abschlagszahlungen.

Die Schlussrechnung ist erst nach erfolgter Abnahme in einfacher Ausfertigung bei der LWW einzureichen. Mit der Schlussrechnung hat der AN die ausgefüllte elektronische Leistungsdatei per E-Mail an die LWW zu übergeben.

In jeder Rechnung sind die abgerechneten Leistungen in der Reihenfolge des Leistungsverzeichnisses, mit der zugehörigen Ordnungsnummer (Positionsnummer) und der Bezeichnung, ggf. abgekürzt, aufzuführen. Es sind die Einheitspreise ohne Umsatzsteuer (Nettopreise) den Leistungen zuzuordnen. Der Umsatzsteuersatz und -betrag ist am Schluss der Rechnung auszuweisen.

In jeder Rechnung sind Umfang und Wert aller bisher erbrachten Leistungen und die bereits erhaltenen Zahlungen mit gesondertem Ausweis der darin enthaltenen Umsatzsteuerbeträge anzugeben.

Errechnete und aufgemessene Mengen sind grundsätzlich durch Abrechnungszeichnungen und Aufmasssskizzen mit genauen Maßen, Raumnummern, Angabe der Ausführungsart und dgl. zu belegen. Die Originalliste gemeinsamer Aufmasse ist von beiden Parteien mit Namen und Datum zu unterschreiben und der Bauleitung zu übergeben.

Weggefallene oder geänderte Positionen sind grundsätzlich in der Rechnung zu kennzeichnen (entweder mit dem Wort: " weggefallen " oder durch das Wort " geändert ") und mit dem Hinweis auf die entsprechenden Nachtragspositionen zu versehen.

In der Schlussrechnung sind alle ausgeführten Leistungen zusammenzufassen und zu ordnen nach:

- Leistungen nach dem Rahmenleistungsverzeichnis
- Leistungen aufgrund etwaiger Nachträge/Zusatzleistungen
- Stundenlohnarbeiten.

Es sind Beginn und Ende der vertraglichen Leistungen sowie ggf. vereinbarte Unterbrechungszeiträume anzugeben.

Liegt zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses und während der gesamten Vertragslaufzeit der Rahmenvereinbarung bzw. des gesamten Zeitraums der Vertragslaufzeit für den letzten aufgrund dieser Rahmenvereinbarung erteilten Einzelauftrag keine jeweils aktuell gültige Freistellungserklärung vor, so ist die LWW verpflichtet, von der vereinbarten Bruttovergütung eine Bauabzugssteuer in Höhe von derzeit 15 % einzubehalten und diese an das für den AN zuständige Finanzamt abzuführen.

Auf Verlangen der LWW erfolgt die Abrechnung des AN, zusätzlich zu den zuvor genannten Bedingungen, mittels Gaeb-X89-Datei.

9. Haftung des AN / Sicherheits- und Gesundheitskoordinator

Der AN ist verpflichtet, eine Haftpflichtversicherung für Personen- und Sachschäden mit einer Versicherungssumme von jeweils 3.000.000,00 EUR pro Schadensfall abzuschließen und für die Dauer des Vertragsverhältnisses (Rahmenvereinbarung und Einzelaufträge) vorzuhalten. Er hat zudem den Nachweis zu erbringen, dass die Obergrenze für die Zahlungsverpflichtung der beauftragten Versicherung bei mindestens dem Zweifachen der vorstehend benannten Versicherungssumme liegt.

Der AN hat alle zur Sicherung der Baustelle erforderlichen Maßnahmen in eigener Verantwortung zu ergreifen und durchzuführen. Er haftet der LWW für sämtliche aus der Unterlassung der erforderlichen Maßnahmen erwachsenden unmittelbaren und mittelbaren Schäden und verpflichtet sich, die LWW von allen gegen diese etwa erhobenen Ansprüchen, die auf ungenügender Sicherung der Baustelle beruhen, in vollem Umfang freizustellen. Die LWW trifft im Verhältnis zum AN keinerlei eigene Sicherungspflicht, unbeschadet der der LWW im Übrigen vorbehaltenen Bauleitung.

Alle zur Ausführung dieses Vertrages erforderlich werdenden Handlungen liegen im Haftungsbereich des AN und sind von diesem, seinen Bevollmächtigten, Erfüllungsgehilfen, Nachauftragnehmern, Beauftragten und sonstigen am Bauvorhaben beschäftigten Personen so durchzuführen, dass keine Behinderung oder Beschädigung am Leben, dem Eigentum oder sonstigen Rechten der LWW oder eines Dritten entstehen. Der AN bleibt für seine Handlungen, Fehler und Unterlassungen, für die Einhaltung sämtlicher vertraglicher, gesetzlicher, berufsgenossenschaftlicher oder behördlicher Bestimmungen sowie für die der für ihn am Bauvorhaben Beschäftigten, insbesondere seiner Bevollmächtigten, Erfüllungsgehilfen, Nachunternehmer und anderweitig Beauftragten sowie deren Gehilfen und Vertretern uneingeschränkt verantwortlich. Dies gilt nicht für Handlungen, etc. der LWW oder dessen Bevollmächtigten/Erfüllungsgehilfen/Dritten.

Bei Schadenersatzansprüchen Dritter, die sich aus der Aufstellung und der Bedienung einer Verkehrssicherungsanlage ergeben, stellt der AN die LWW von allen Ansprüchen Dritter frei.

Soweit die LWW feststellt, dass auf der Baustelle Verstöße gegen Unfallverhütungsvorschriften, sonstige Vorschriften und allgemein anerkannte Regeln der Technik vorliegen, so ist sie bei Gefahr im Verzuge berechtigt, die Baustelle vorübergehend, d. h., bis zur Behebung der gerügten Verstöße bzw. des gerügten Mangels, stillzulegen. Dem AN stehen aus einer solchen Stilllegung der Baustelle keinerlei Ansprüche gegenüber der LWW zu.

Handelt es sich um eine Baustelle i. S. der Baustellenverordnung § 1 (3) i. V. m. § 2 (2), so ist der AN zur aktienkundigen Unterweisung seiner eigenen Arbeitskräfte und in seinem Auftrag tätiger Subunternehmer über den Sicherheits- und Gesundheitsplan dieser Baustelle und zu dessen Einhaltung verpflichtet. Vorgenannte Verpflichtung gilt auch bezüglich der speziellen Baustellenordnung. Den Anweisungen des Sicherheitskoordinators ist zwingend Folge zu leisten. Die Bereitstellung der Leistungen des Koordinators für Sicherheit und Gesundheitsschutz obliegt der LWW.

Der AN haftet der LWW für den Mehraufwand, welcher durch die Abwicklung fehlerhafter oder fehlender Freistellungserklärungen und/oder durch die Vernachlässigung der damit im Zusammenhang stehenden Informationspflicht gegenüber der LWW entsteht. Die Parteien sind sich darüber einig, dass der AN in diesem Fall an die LWW einen pauschalen Aufwandsersatz in Höhe von 500,00 € zzgl. der gültigen Mehrwertsteuer leistet. Sollte der Mehraufwand der LWW höher sein, bleibt die Geltendmachung eines höheren Ersatzanspruches vorbehalten. Gleichfalls steht dem AN das Recht zu, einen niedrigeren Mehraufwand nachzuweisen.

10. Vorzulegende Unterlagen

Der AN hat der LWW auf gesondertes Verlangen folgende Unterlagen in einer aktuellen Fassung vorzulegen:

- a) Nachweis über das Vorliegen einer Haftpflichtversicherung
- b) Nachweis über die ordnungsgemäße Zahlung von Sozialleistungen
- c) Nachweis über die Mitgliedschaft in der zuständigen Berufsgenossenschaft für das laufende Jahr
- d) Zertifikate der Gütegemeinschaft Herstellung und Instandhaltung von Abwasserleitungen und -kanälen e.V. oder äquivalente Nachweise

Der Auftragnehmer hat diesen Nachweispflichten auf Verlangen der LWW nachzukommen.

11. Vertragsstrafe

Kommt der AN mit der Erfüllung der ihm aus den jeweiligen Einzelaufträgen obliegenden Leistungspflicht (einschließlich der fristgerechten Rechnungslegung) in Verzug, insbesondere bei Bestimmung eines konkreten Leistungszeitpunktes oder Leistungszeitraumes im Einzelauftrag, so hat er für jeden Werktag des Verzugszeitraums/der Fristüberschreitung eine Vertragsstrafe in Höhe von 0,1 v. H. der Nettoauftragssumme des Einzelauftrages, höchstens jedoch 5 v. H. der tatsächlichen Vergütungs- bzw. Abrechnungssumme (netto) des Einzelauftrages, an die LWW zu leisten. Die § 341 Abs. 2 und § 340 Abs. 2 BGB bleiben unberührt.